

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 22

Artikel: Die Frage der Revolution
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094735>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Frage der Revolution

War der ungarische Aufstand vor zwanzig Jahren eine Revolution oder eine Konterrevolution? Man kann darauf zunächst die «wissenschaftliche», d. h. ideologische Antwort geben: Revolutionen sind nur in der antagonistischen Klassengesellschaft des Kapitalismus möglich und nötig, eine unausweichliche objektive Gesetzmässigkeit. Wo aber die Klassengegensätze abgeschafft sind, fehlt ja die Ursache der Revolution. Also kann es im Sozialismus höchstens eine Konterrevolution geben, klar?

Ideologische Kriterien?

So kann die Definition sich selbst genügen. In diesem Falle weiss man immer Bescheid, und die Wirklichkeit hat sich gefälligst anzupassen. Was allerdings eine Definition taugt, der die Wirklichkeit entbehrlich ist, das dürfen wir uns fragen — bei uns im Westen.

Aber im Falle des Ungarnaufstandes ist es eigentlich ganz interessant, von den ideologischen Kriterien auszugehen, um die Sache zu prüfen. Wir haben sie uns in unserer Öffentlichkeit ohnehin schon wenigstens partiell angeeignet, gewollt oder fahrlässig. Und dann sind zwanzig Jahre eine lange Zeit, überhaupt — und für das westliche Gedächtnis schon gar.

Auch wenn man bei uns die Explosion gegen stalinistische Diktatur gelten lässt, was verbindet man meistens für inhaltliche Vorstellungen mit dem ungarischen Aufstand? Falls man überhaupt welche hat, so denkt man doch wohl an restaurative Tendenzen, an Wiederherstellung der alten Zustände. Und wer weiss denn noch, was der Ungarnaufstand in seinem politischen Teil bedeutete? Nämlich etwas vom Fortschrittlichsten nach heutiger Auffassung im Westen. Nicht etwa in der Sicht der hiesigen «Rechten», oh nein, sondern ungefähr im Fächer von Eurokommunismus bis «Linksliberalismus», also im progressiven Sektor, wie man so sagt.

Erwähnen wir im Vorbeigehen die ebenso gut bekannte wie schlecht realisierte Tatsache, dass die Aufstandsregierung kommunistisch geleitet war, von einem Imre Nagy, den Stalin schon als Innenminister und Chruschtschow schon als Ministerpräsidenten gebilligt hatte. Dass Pal Maleter als Mustersoldat der Partei Karriere gemacht hatte, dass Janos Kadar, bevor er im sowjetischen Gewahrsam die angebliche Absicht zur Wiederherstellung des Grossgrundbesitzes anprangerte, seinen Aufstieg zum Parteichef und Mitglied der Regierung (Nagy) dem Aufstand verdankt hatte, dem er in geradezu Berlinguersehen Wendungen eine kommunistische Interpretation gab (siehe Seite 16).

KP und Koalitionspartner

Ueberspringen wir hier die reformkommunistische Vorgeschichte des Aufstandes (siehe S. 6) und kommen wir zu seinem politischen Inhalt nach seinem Ausbruch. Neben dem bewaffneten

Kampf gab es nämlich auch einen politischen Kampf. Seine Träger waren einerseits die politischen Parteien und andererseits die Revolutionskomitees und Arbeiterräte.

Noch während der Kämpfe rekonstituierten sich die früheren Koalitionspartner der KP, die Kleinlandwirte, die Bauernpartei (nunmehr Petöfi-Partei) und die Sozialdemokraten. Alle drei sprachen sich für die Weiterführung der Koalition mit den Kommunisten aus, freilich unter der Bedingung von freien Wahlen und entsprechender Regierungsteilnahme. Die KP (Partei ungarischer Werktätiger) ihrerseits löste sich am 29. Oktober 1956 freiwillig auf und gründete sich gleichentags erneut unter dem Namen Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei. Die Vertreter der vier Koalitionsparteien gaben damals zusammen über Radio dem Lande die Einführung des politischen Pluralismus bekannt. Wie schon zuvor Imre Nagy betonte Kadar die Gleichberechtigung der Parteien als Koalitionsgrundlage. Die Partei sei sich bewusst, dass sie wegen ihrer Vergangenheit klein werde anfangen müssen, doch sei sie zur Teilnahme am Aufbau einer echten Demokratie entschlossen.

Frage: Ist da irgend etwas, wovon sich z. B. die KPI oder die KPF von heute distanzieren müssten, wenn ihre eigenen Beteuerungen zutreffen?

Arbeiterräte, Revolutionskomitees

Und wenn wir bei den Klassenkampfkriterien und daraus entwickelten Normalvorstellungen bleiben: Ist es denn die Konterrevolution, die Arbeiterräte schafft, und ist es die Revolution, die sie gewaltsam auflöst?

Es ist ein Paradox bloss für das ideologische Vorurteil: Funktionierende Arbeiterräte gibt es in den sogenannten sozialistischen Ländern nur als Auflehnung gegen das bestehende Regime. Das war in Ungarn so, im Polen von 1956 und von 1970, in der Tschechoslowakei von 1968/69, als die Arbeiterschaft unter den Bedingungen sowjetischer Okkupation den politischen Kampf dort aufzunehmen suchte, wo ihn die reformkommunistische Führung bereits hatte aufgeben müssen.

In Ungarn bildete sich die gemeinsame Front der Werktätigen aller Branchen am 24. Oktober 1956, als die Aufständischen gegen den Einsatz der im Lande stationierten Sowjettruppen den Generalstreik ausriefen. Sofort gingen die Belegschaften daran, ihre eigene politische Führung zu wählen. In den Behörden und Aemtern, in den Schulen und Universitäten waren das die Revolutionskomitees, in den Betrieben die Arbeiterräte.

Beide Organisationsformen, zwischen denen man nach einigen Tagen die ersten Querverbindungen knüpfte, stellten ihre eigenen zentralen Gremien auf, die noch lange nach der militärischen Niederschlagung des Aufstandes den Kampf auf sozialer Ebene fortsetzten.

Koordinationsstelle der Arbeiterräte war der Zentrale Arbeiterrat von Grossbudapest mit seinem Präsidium. Seine Tätigkeit insbesondere nach dem Sieg der Invasionstruppen zeugt nicht nur von unglaublichem Mut, sondern auch von der Solidarität der gesamten arbeitenden Bevölkerung. Er organisierte die ganze anhaltende Streikbewegung und — im engsten Zusammen-

(Fortsetzung auf Seite 16)

Chronik 1956

21. Juli: Sturz von Rakosi (Auswirkung vom 20. KPdSU-Kongress). Neuer Parteichef wird Ernő Gerő.

6. Oktober: Staatsbegräbnis für Rajk und andere rehabilitierte KP-Mitglieder.

13. Oktober: Wiederaufnahme von Nagy in die Partei.

15. Oktober: Austritt der Universitätsjugend von Szeged aus dem kommunistischen Jugendverband. Aehnliche Beschlüsse der Budapester Studenten am 22. Oktober.

23. Oktober: Studentendemonstrationen. AVO eröffnet das Feuer. Strassenkämpfe. **Ausbruch der Revolution.**

24. Oktober: Einsatz sowjetischer Einheiten gegen die Revolutionäre, die den Generalstreik ausriefen. Arbeiter und ungarisches Militär schliessen sich dem Aufstand an. Ausweitung in eine nationale Bewegung mit Demonstrationen in allen grösseren Städten. Imre Nagy wird Ministerpräsident.

25. Oktober: Kadar löst Gerő als KP-Chef ab. Nagy verspricht Rückzug der Sowjettruppen nach Wiederherstellung der Ordnung.

26. Oktober: Kämpfe auch in der Provinz. Bildung von revolutionären Arbeiterräten in den Betrieben. Kadar verspricht am Radio Straffreiheit bei Waffenniederlegung. Oberst Maleter verteidigt Kilian-Kaserne gegen die Sowjets.

28. Oktober: Feuereinstellung. Die Regierung kündigt Abzug der Sowjettruppen und Auflösung der AVO an. Lokale Verhandlungen mit sowjetischen Kommandanten.

29. Oktober: Bildung der «Nationalgarde» aus Armee, Polizei und Aufständischen.

30. Oktober: Nagy kündigt Abschaffung des Einparteiensystems und den Beginn von Verhandlungen über den vollständigen Abzug der Sowjettruppen aus Ungarn an.

31. Oktober: Einmarsch neuer Sowjeteinheiten nach Ungarn wird bekannt.

1. November: Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und Neutralitätserklärung. Kadar verschwindet aus Budapest. Sowjetischer Einmarsch hält an.

2. November: Sowjettruppen umzingeln Budapest.

3. November: Imre Nagy bildet neue Regierung mit Maleter als Verteidigungsminister. Eine ungarische Regierungsdelegation nimmt offiziell Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Truppen auf. Sie steht unter Leitung von Maleter und wird nach Mitternacht im sowjetischen Hauptquartier, Tököl verhaftet.

4. November: **Angriff der Sowjetunion auf Budapest.** Kadar proklamiert in Szolnok (Ostungarn, von Sowjettruppen besetzt) seine Regierung. Imre Nagy sucht Asyl in der jugoslawischen Botschaft.

5. bis 15. November: Die Sowjettruppen besiegen die Revolution in ganz Ungarn. ■

Die Frage der Revolution

(Fortsetzung von Seite 2)

hang damit — die ganze Lebensmittelversorgung der Hauptstadt. Die Sowjets hatten sich nämlich vorgenommen, die Streikenden durch Hunger kleinzukriegen. Dazu schnitten sie die normale Zufuhr von Nahrungsmitteln nach Budapest ab und zogen ihre eigene Verteilerorganisation auf: Nur wer am Arbeitsplatz erschien, konnte dort seine Ration in Empfang nehmen. Aber dem Zentralen Arbeiterrat gelang es, die Versorgung der Stadt sicherzustellen und so den Generalstreik aufrechtzuerhalten. Noch erstaunlich lange konnte der Zentralrat auch öffentliche Demonstrationen gegen die Invasoren ausrufen. Als die Teilnahme von Männern unmöglich geworden war, marschierten immer noch die Frauen mit kleinen Kindern durch die Strassen. Sie trugen ungarische Nationalfahnen und verlangten auf Plakaten den Abzug der Sowjettruppen: «Russ-zkik hazá».

Am 10. Dezember konnten dann die Sowjets über das von ihnen eingesetzte Regime die Auflösung des Zentralrates durchsetzen. Seine Leiter wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Dass man sie nicht umbrachte, verdankten sie den zahlreichen westlichen Protesten.

Die Arbeiterräte in den Betrieben blieben aktiv, solange sie konnten. Erst im Herbst 1957 fühlte man sich stark genug, sie als Institution zu liquidieren. Im Laufe der Jahre 1957 und 1958 wurden viele ihrer Mitglieder als Aufstandsteilnehmer festgenommen, etliche von ihnen dem Henker überantwortet.

Weniger ausgeprägt waren die zentralen Strukturen der Revolutionskomitees. Ihr nationales Gremium war das «Revolutionskomitee der Intellektuellen», das nicht so sehr in der Organisation des praktischen sozialen Kampfes tätig war als in der Programmatik. Unmittelbarer war die Rolle der beiden grössten Revolutionskomitees, die an den beiden Universitäten von Budapest wirkten (die zentrale Universität Ungarns und die Technische Universität). Sie hatten ihre eigenen «Nationalgarden» zum Kampf gegen die Sowjettruppen und waren auch sehr stark an der Politik beteiligt.

Ueber grossen Mut wiesen sich die Revolutionskomitees bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften aus. Nach dem Sieg der Sowjettruppen nahm ihre Delegiertenversammlung einen Beschluss an, wonach sie sich an der Anklageerhebung und Prozessführung gegen Aufständische nicht beteiligen würden. Deshalb sahen sich die Sowjets und ihre ungarische Alibiregierung veranlasst, die Abrechnung über Militärgerichtsbarkeit und Sonderkammern vorzunehmen; die reguläre Justiz der Volksdemokratie stand ihnen dazu nicht zur Verfügung (siehe S. 10). Und der Boykott blieb auch nach dem 10. Dezember 1956 wirksam, als man die Revolutionskomitees zugleich mit der Zentralstelle der Arbeiterräte auflöste.

Das also waren die Aeusserungen des politischen und sozialen Widerstandes noch während der angeblichen Wiederherstellung der sozialistischen Ordnung. Wo ist da die Revolution und wo die Konterrevolution?

Der «dritte Weg»

Kommen wir nun zu den politischen Zielvorstellungen des Aufstandes. Abgesehen davon, dass es offenkundig um Abschaffung der bestehenden diktatorischen Strukturen und um staatliche Souveränität ging: wollte man je die Restaurierung des Vorkriegsungsarns?

Natürlich ist es für die Zeit der bewegten Oktobertage selbst unmöglich, von einem einheitlichen Programm zu reden, das für alle Teilnehmer am Aufstand verbindlich gewesen wäre. Ein als Programm deklariertes Dokument gab es erst in der zweiten Novemberhälfte, als der Sieg der sowjetischen Waffen seine Erfüllung schon unmöglich gemacht hatte. Ausgearbeitet wurde es von einem Ausschuss der Revolutionskomitees, und angenommen wurde es sowohl von diesen als auch von den Arbeiterräten.

Darüber hinaus liegen aus den Aufstandstagen die Erklärungen der Parteien vor, zurückhaltend formuliert, um die nationale Einheit nicht zu gefährden.

Insgesamt ergibt sich ein Bekenntnis zu einem ungarischen «dritten Weg», der weder «Kapita-

lismus» noch «Sozialismus» bedeutete, sondern etwas dazwischen:

- Abschaffung des kommunistischen Monopols auf die Führung von Staat und Gesellschaft, Abschaffung des Einparteiensystems und Einführung des Mehrparteiensystems mit Opposition.

- Zulassung der privaten Initiative in der Wirtschaft. Beschränkte Zulassung von kleinem Privateigentum an Produktionsmitteln.

- Beibehaltung des Staatseigentums an Grossbetrieben, Einführung der Arbeiterverwaltung.

- Blockfreiheit und Neutralität in der Aussenpolitik.

Sieht man sich diese Punkte an, so stellt man fest, dass sie den Forderungen entsprechen, welche die «eurokommunistischen Parteien» heute in ihren jeweiligen Ländern erheben, den Zusicherungen, die sie geben.

Warum solidarisiert sich dann der Eurokommunismus nicht mit den Vorstellungen der ungarischen Revolutionäre? Etwa deshalb, weil diese auch *meinten*, was sie sagten? p. u. i.

Kadar zum dritten Weg

Am 1. Nov. 1956 empfing Janos Kadar, damals Minister in der Regierung Imre Nagy, den italienischen Journalisten Bruno Tedeschi und gewährte ihm eine Unterredung.

Frage: «Welche Art des Kommunismus vertreten Sie, Herr Kadar?»

Antwort: «Den neuen Typ, der aus der Revolution hervorging und nichts mit dem Kommunismus der Gruppe Rakosi-Hegedüs-Gerö zu tun haben will.»

Frage: «Ist dieser ‚neue Kommunismus‘, wenn man ihn so nennen darf, dem jugoslawischen oder polnischen vergleichbar?»

Antwort: «Unser Kommunismus ist ungarisch. Er ist eine Art ‚dritte Kraft‘ und hat keine Beziehung zum Titoismus oder zum Kommunismus Gomulkas.»

Frage: «Wie würden Sie diese sogenannte ‚dritte Kraft‘ beschreiben?»

Antwort: «Sie ist Marxismus-Leninismus, angepasst den besonderen Erfordernissen unseres Landes, unseren Schwierigkeiten und unseren nationalen Problemen. Sie ist weder beeinflusst von der UdSSR noch von anderen Abarnten des Kommunismus; ich wiederhole: es handelt sich um einen ungarischen Nationalkommunismus. Diese ‚dritte Kraft‘ entsprang unserer Revolution, in deren Verlauf, wie Sie wissen, zahlreiche Kommunisten auf seiten der Studenten, der Arbeiter und des Volkes gekämpft haben.»

Frage: «Wird sich Ihr Kommunismus nach demokratischen Grundsätzen entwickeln, wenn man das so ausdrücken darf?»

Antwort: «Eine gute Frage. Es wird eine Opposition geben und keine Diktatur. Diese Opposition wird gehört werden, denn ihr liegen die nationalen ungarischen Interessen am Herzen, und nicht jene des internationalen Kommunismus.» (...)

Frage: «Wie werden sich die künftigen Beziehungen zwischen der ungarischen Kommunistischen Partei und den kommunistischen Parteien der Sowjetunion und des Westens gestalten?»

Antwort: «Die Beziehungen werden bestimmt freundschaftlich sein, aber bisher haben wir noch keinen Kontakt mit westlichen kommunistischen Parteien aufgenommen. Nach allem, was geschehen ist, wünschen sie nicht, uns näherzukommen.» (...)

Frage: «Was wird das Schicksal jener Kommunisten sein, die in den Tagen Rakosis und seiner Genossen im Vordergrund standen und nun an der Seite der Sowjettruppen und der AVO kämpfen?»

Antwort: «Unsere Regierung wird nichts gegen sie unternehmen. Wir möchten aber nachdrücklich betonen, dass wir mit diesen Leuten nichts gemein haben!»

Frage: «Werden Sie der Abordnung angehören, die nach Moskau reisen wird?»

Antwort: «Die Sowjets werden wohl eine Einladung schicken, aber wir wissen noch nicht, wer der Abordnung angehören oder sie leiten wird.»

«Il Giornale d'Italia», Rom, 2. 11. 1956
Zitiert bei Peter Gosztony: «Der ungarische Volksaufstand in Augenzeugenberichten», Düsseldorf 1966